Stadt Rheinbach

N i e d e r s c h r i f t

über die 11/7. Sitzung
des Rates
am Montag, 06.09.2021

Ort der Sitzung: **Stadthalle, Villeneuver Straße 5, 53359 Rheinbach**

Beginn: **18:00 Uhr** Ende: **20:25 Uhr**

Von den Mitgliedern waren anwesend:	Entschuldigt:	Verwaltung / Gäste:
Bürgermeister	*Ratsmitglieder (CDU)*	Erster Beigeordneter
Banken, Ludger	Hell, Mathias	Knauber, Dr. Raffael
Ratsmitglieder (CDU)	*Ratsmitglieder (UWG)*	Fachbereichsleiterin
Brozio, Kurt	Schüller, Ellen	Hoffmann, Daniela
Burke, Thomas	Specht, Dagmar	
Knott, Jan		Kämmerer
Pfahl, Ferdinand	*Ratsmitglieder (B´90/Die Grünen)*	Kohlosser, Walter
Pütz, Markus	Seiffert-Schollmeyer, Urte	
Rick, Ilka		Fachbereichsleiterin
Sander, Ulrich		Thünker-Jansen, Margit
Schneider, Joachim		
Schragen, Georg		Schriftführerin
Thielen, Maureen, Dr.		Wilhelm, Sonja
Weber, Bruno		
Wilhelm-Buchstab, Timo, Dr. (ab 18.27 Uhr (TOP 12)		
Wolf, Oliver		

Ratsmitglieder (SPD)
Grünberg, Pia
Kerstholt, Karl Heinrich
Koch, Martina
Krupp, Ute
Lüdemann, Jürgen
Quadflieg, Donate
(ab TOP 3.1)
Rohloff, Michael
Vary, Eva
Wilmers, Georg, Dr.

Ratsmitglieder (UWG)
Huth, Dieter
Josten-Schneider, Silke
Kramme, Hinrich
Meyer, Jörg
Stein, Norbert
(bis 19.02 Uhr (TOP 12)

Ratsmitglieder (FDP)
Euskirchen, Lorenz
Rentzsch, Jana
Ruland, Sebastian

Ratsmitglieder (B´90/Die Grünen)
Bogert, Stephan
Hasenberg, Carolin
Lenke, Nils, Dr.
Nagel, Axel
Rupprecht, Deborah
Schiebener, Heribert

T a g e s o r d n u n g

zur 11/7. Sitzung des Rates
am Montag, 06.09.2021

TO-Punkt Nr.	Beratungsgegenstand	Vorlagen-Nr.
A)	**ÖFFENTLICHE SITZUNG**	
1	**Anerkennung der Tagesordnung**	
2	**Einwohnerfragestunde**	
	./.	
3	**Bürgeranträge**	
3.1	Bürgerantrag vom 23.11.2020 betreffend Öffnung der Straßentrennung Lessingweg / Rilkeweg für den Fußverkehr	BA/0035/2020
3.2	Bürgerantrag vom 25.06.2021 zum Bauwunsch in Wormersdorf	BA/0041/2021
4	**Ortsrecht**	
	./.	
5	**Allgemeine Angelegenheiten**	
5.1	2. Änderung des Stellenplanes 2021	BV/1586/2021
5.2	Aufnahmeantrag zur Mitgliedschaft bei der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. (AGFS) für die zukünftige Förderung der Nahmobilität in Rheinbach	BV/1591/2021
6	**Finanzangelegenheiten**	
6.1	Inanspruchnahme der Befreiungsregelung des § 116a GO NRW von der Pflicht einen Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2020 aufzustellen	BV/1587/2021
7	**Grundstücksangelegenheiten**	
	./.	

8	**Bau- und Planungsangelegenheiten**	
	./.	
9	**Besetzung von Ausschüssen und Gremien**	
9.1	Nachbesetzung im Ausschuss für Umwelt und Mobilität	BV/1595/2021
9.2	Nachbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen	BV/1598/2021
9.3	Nachbesetzung im Ausschuss für Generationen, Integration und Soziales	BV/1599/2021
9.4	Nachbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen	BV/1600/2021
10	**Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern**	
	./.	
11	**Anfragen nach § 4 Geschäftsordnung**	
	./.	
12	**Mitteilungen des Vorsitzenden**	
B)	**NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG**	
13	**Allgemeine Angelegenheiten**	
13.1	Sachstand dezentrale Lüftungsanlagen für Schulen und Kindertagesstätten	MI/0059/2021
14	**Finanzangelegenheiten**	
	./.	
15	**Bau, Vergabe- und Planungsangelegenheiten**	
15.1	Bauabfallentsorgung	
16	**Grundstücksangelegenheiten**	
16.1	Gesetzliches Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstücke Gemarkung Rheinbach, Flur 28, Flurstücke 33, 38, 77 + 106	BV/1596/2021

16.2	Gesetzliches Vorkaufsrecht nach § 24 ff. BauGB; hier: Grundstücke Gemarkung Rheinbach, Flur 31, Flurstücke 99 + 147	BV/1597/2021

17 Personalangelegenheiten

./.

18 Mitteilungen des Vorsitzenden

Mündliche Anfragen

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP	1	Anerkennung der Tagesordnung

Bürgermeister Banken begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Damen und Herren des Rates, die Mitarbeiter*Innen der Verwaltung, die Besucher*Innen und die Vertreter*Innen der Presse.

Danach stellt er fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht mit Schreiben vom 25.08.2021 eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Die heutige Tagesordnung soll um folgende Punkte erweitert werden:

A)	**ÖFFENTLICHE SITZUNG**	
9.4	Nachbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen	BV/1600/2021
B)	**NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG**	

TOP 15.1 Bauabfallentsorgung

Ratsfrau Koch (SPD) kündigt an, dass beim Punkt „mündliche Anfrage“ Fragen der SPD- und UWG-Fraktion am Ende der Sitzung gestellt werden.

Da sonst keine Einwände mehr erhoben werden, lässt Bürgermeister Banken über die Tagesordnung mit den genannten Änderungen abstimmen.

Anschließend benennt Bürgermeister Banken Ratsherrn Jan Knott (CDU), Ratsfrau Ute Krupp (SPD) und Ratsherrn Jörg Meyer (UWG) zu Stimmzähler*in.

Beschluss

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form anerkannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						

*) Gemäß § 40 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.

TOP	2	Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

TOP	3	Bürgeranträge

TOP	3.1	Bürgerantrag vom 23.11.2020 betreffend Öffnung der Straßentrennung Lessingweg / Rilkeweg für den Fußverkehr

Bürgermeister Banken informiert, dass sich der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen am 24.08.2021 gegen die Öffnung der Straßentrennung Lessingweg / Rilkeweg für den Fußverkehr ausgesprochen habe.

Da es keine Wortbeiträge gibt, lässt Bürgermeister Banken über den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss

Mit dem Straßenendausbau des Rilkeweg wird eine barrierefreie Verbindung für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen zum Lessingweg geschaffen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
gegen die Stimmen der CDU (mit Ausnahme der Ratsherren Weber, Wolf und Pfahl) und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen (bei Stimmenthaltung der Ratsherren Nagel und Bogert)

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	9			4		
NEIN	3	X	X		X	X
ENTHALTUNG				2		

TOP	3.2	Bürgerantrag vom 25.06.2021 zum Bauwunsch in Wormersdorf

Beschluss

Dem Bürgerantrag wird insofern gefolgt, als dass die Verwaltung beauftragt wird, die Unterlagen zum Aufstellungsbeschluss über die Änderung des Bebauungsplans „Tomberger Straße“, 1. Änderung, rechtskräftig seit April 1985, für den Bereich zwischen der „Wormersdorfer Straße“, dem nördlichen Bereich der „Brückenhofstraße“ sowie dem Bereich westlich der „Klostergasse“ zu erarbeiten und dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen in einer seiner nächsten Sitzungen zur Beratung vorzulegen. Weitere geringfügige Änderungen in Hinblick auf die Einbeziehung weiterer Flächen in den künftigen Geltungsbereich der Änderung des Bebauungsplans bleiben vorbehalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	**SPD**	**UWG**	**GRÜNE**	**FDP**	**BM**
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	4	Ortsrecht

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	5	Allgemeine Angelegenheiten

TOP	5.1	2. Änderung des Stellenplanes 2021

Beschluss

Die 2. Änderung des Stellenplanes 2021 (siehe Vorlage für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.01.2021 und des Rates am 01.02.2021) wird mit den nachfolgenden Änderungen beschlossen:

1. Für die Wahrnehmung von Aufgaben im Sachgebiet Bauordnung – planungs- und bauordnungsrechtliche Beratung von Bauwilligen und Entwurfsverfassern – wird die Stelle eines Architekten / Bauingenieurs eingerichtet und nach Entgeltgruppe 11 TVöD ausgewiesen.

2. Für die Wahrnehmung von Aufgaben im Sachgebiet Tiefbau – Projektsteuerung, Bauleitung und Abrechnung von Tiefbau- und Gewässermaßnahmen (Gewässerbau, Hochwasserschutz) – wird die Stelle eines Bauingenieurs / Tiefbautechnikers eingerichtet und nach Entgeltgruppe 11 TVöD ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	5.2	Aufnahmeantrag zur Mitgliedschaft bei der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. (AGFS) für die zukünftige Förderung der Nahmobilität in Rheinbach

Beschluss	

Die Verwaltung wird beauftragt, die Mitgliedschaft bei der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. (AGFS) für die zukünftige Förderung der Nahmobilität in Rheinbach zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	6	Finanzangelegenheiten

TOP	6.1	Inanspruchnahme der Befreiungsregelung des § 116a GO NRW von der Pflicht einen Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2020 aufzustellen

Beschluss

Auf der Grundlage der Prognose der Verwaltung zum Vorliegen der Voraussetzungen des § 116a Abs. 1 GO NRW für die Inanspruchnahme der Befreiung zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses für das Haushaltsjahr 2020 verzichtet der Stadtrat auf die Aufstellung dieses Gesamtabschlusses und beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Beteiligungsberichtes nach § 117 GO NRW.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	7	Grundstücksangelegenheiten

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	8	Bau- und Planungsangelegenheiten

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	9	Besetzung von Ausschüssen und Gremien

TOP	9.1	Nachbesetzung im Ausschuss für Umwelt und Mobilität

Bürgermeister Banken lässt über die Tagesordnungspunkte 9.1 bis 9.4 en bloc abstimmen.

Beschluss	

Herr Marc Frings wird als stellvertretender sachkundiger Bürger in den Ausschuss für Umwelt und Mobilität gewählt. Er folgt Herrn Dr. Hans-Peter Kaufmann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	**SPD**	**UWG**	**GRÜNE**	**FDP**	**BM**
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						

*) Bei der personellen Besetzung der Ausschüsse hat der Bürgermeister kein Stimmrecht (vgl. § 40 Absatz 2 Satz 5 Gemeindeordnung NRW).

TOP	9.2	Nachbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen

Beschluss	

Herr Markus Ressel wird als sachkundiger Bürger in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen gewählt. Er folgt Herrn Dr. Hans-Peter Kaufmann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	**SPD**	**UWG**	**GRÜNE**	**FDP**	**BM**
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						

*) Bei der personellen Besetzung der Ausschüsse hat der Bürgermeister kein Stimmrecht (vgl. § 40 Absatz 2 Satz 5 Gemeindeordnung NRW).

TOP	9.3	Nachbesetzung im Ausschuss für Generationen, Integration und Soziales

Beschluss	

Frau Margret Freund wird als sachkundige Bürgerin in den Ausschuss für Generationen, Integration und Soziales gewählt. Sie folgt Herrn David Dahmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	**SPD**	**UWG**	**GRÜNE**	**FDP**	**BM**
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						

*) Bei der personellen Besetzung der Ausschüsse hat der Bürgermeister kein Stimmrecht (vgl. § 40 Absatz 2 Satz 5 Gemeindeordnung NRW).

TOP	9.4	Nachbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen

Beschluss	

1.) Herr Peter Heck wird als sachkundiger Bürger in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen gewählt. Er folgt Herrn Dr. Reinhard Ganten.

2.) Herr Martin Specht wird als stellvertretender sachkundiger Bürger in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen gewählt. Er folgt Peter Heck.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	**SPD**	**UWG**	**GRÜNE**	**FDP**	**BM**
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						

*) Bei der personellen Besetzung der Ausschüsse hat der Bürgermeister kein Stimmrecht (vgl. § 40 Absatz 2 Satz 5 Gemeindeordnung NRW).

TOP	10	Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern vor.

TOP	11	Anfragen nach § 4 Geschäftsordnung

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Anfragen vor.

TOP	12	Mitteilungen des Vorsitzenden

Bürgermeister Banken berichtet über die **Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln** in der Stadt Rheinbach im Jahr 2020. Diese sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Außerdem spricht Bürgermeister Banken die **Unterbringungsmöglichkeiten** von Rheinbacher Bürger*innen an, deren Haus / Wohnung über den Winter nicht bewohnbar ist. Um sich einen Überblick zu verschaffen, um wie viele betroffene Personen es sich handele, habe die Verwaltung eine großangelegte Abfrage in den stark betroffenen Gebieten der Stadt (Ober- und Niederdrees, Flerzheim, Ramershoven, Locher Straßen in Queckenberg / Loch, Teile von Wormersdorf sowie in der Kernstadt im Rodderfeld, Weilerfeld und Vor dem Voigtstor) gestartet.

Insgesamt wurden rund 4.600 Haushalte befragt, so Fachbereichsleiterin Hoffmann. Die Ergebnisse der Rückläufe fasst Sie kurz zusammen. Mit Stand vom 03.09.2021 gebe es bislang 1187 Rückläufe, wobei 229 Haushalte angeben, dass sie vom Hochwasser stark betroffen seien. Bei 131 Wohnungen funktioniere die Heizung nicht und 26 Wohnungen hätten immer noch keinen Strom. 60 Haushalte seien nach eigenen Einschätzungen der Bewohner*innen oder durch Sachverständige über den Winter als nicht bewohnbar eingestuft worden. Mit diesen Personen stehe die Verwaltung zurzeit in Kontakt um den konkreten Unterbringungsbedarf zu ermitteln.

Sie berichtet weiter, dass unmittelbar nach dem Hochwasser die städtischen Notunterkünfte hergerichtet wurden. Die Stadt Rheinbach sei daher jederzeit in der Lage, Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, kurzfristig unterzubringen. Parallel dazu finde ein enger Austausch zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und den Sozial- und Ordnungsämter statt. Auch Wohnungsangebote von Privatleuten und Immobilien- bzw. Hausverwaltungen seien bereits abgefragt worden und werden vermittelt. Es zeige sich aber auch in dieser Situation, dass der Wohnungsmarkt angespannt ist. Dennoch konnte die Stadt Rheinbach bereits 13 Familien dabei unterstützen eine neue Unterkunft zu finden.

Nun stellt Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen anhand einer Power-Point-Präsentation infrage kommenden Grundstücke für die Einrichtung vorübergehender Wohnmöglichkeiten vor. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Bürgermeister Banken teilt mit, dass er präferiere, weitere 20 Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Verwaltung werde dies nun ausarbeiten und in Kürze einen entsprechenden Beschlussvorschlag unterbreiten.

Ratsfrau Krupp (SPD) gibt zu bedenken, dass über die Wormersdorfer Fläche sehr viel Wasser ins Dorf gelaufen sei. Auch bei früheren Starkregenereignisse seien diese Wiesen bereits überschwemmt worden. Sie bittet dies bei der Standortsuche zu berücksichtigen.

Auch Ratsfrau Koch (SPD) begrüßt die Überlegungen der Verwaltung. Aufgrund des Zeitdrucks müsse hier schnell gehandelt werden und die Verwaltung möge konkrete Angebote für Mobilheime prüfen. Außerdem hält sie einen zentralen Aufstellungsort für Mobilheime für sinnvoll. Hierin seien Familien adäquat untergebracht. Eventuell bestehe die Möglichkeit, die Mobilheime – wenn sie nicht mehr gebraucht werden – zu verkaufen.

Bürgermeister Banken weist darauf hin, dass es eine größere befestigte Fläche im Schornbusch gebe, auf der auch diese Mobilheime errichtet werden könnten.

Ratsherr Lüdemann (SPD) bittet um Prüfung, ob der Einsatz von mobilen Heizgeräten möglich wäre. Außerdem schlägt er vor, für Einzelpersonen und Ehepaaren ohne Kinder eine Unterbringung im Hotel anzustreben und die Unterbringung in den Mobilheimen für Familien vorzusehen.

Aus seiner beruflichen Erfahrung schlägt Ratsherr Kramme (UWG) vor, Kontakt mit dem Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr in Bonn aufzunehmen. Dort gebe es ggf. Hinweise über schnell verfügbare Unterbringungsmöglichkeiten. Vielleicht bestehe die Möglichkeit auf dieses Angebot zurückzugreifen. Die Kontaktdaten werden der Verwaltung übermittelt.

Ratsherr Huth (UWG) regt an, große Wohnwagen zu leasen und einen Wohnpark aufzubauen. Aus wirtschaftlichen Gründen sollten preiswerte Lösungen gesucht werden, da diese nur auf Zeit ausgelegt seien.

Auch von Seiten der CDU-Fraktion wird das Bestreben der Verwaltung unterstützt, so Ratsherr Schneider (CDU). Aufgrund des Zeitmangels könnte allerdings keine nachhaltigen Lösungen geschaffen werden.

Ratsherr Kerstholt (SPD) teilt mit, dass in seinem Wohnumfeld einige Häuser leer stehen, diese sollten auch mit in den Fokus genommen werden. Er bittet die Presse, einen Aufruf zu starten.

Auch die FDP-Fraktion begrüßt die Initiative der Verwaltung und spricht sich für eine individuelle Bedarfslösung aus, so Ratsfrau Rentzsch (FDP).

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) bemängelt, dass die Präsentation nicht vorab den Fraktionen zur Kenntnis übersandt wurde. Heute könne nur eine grundsätzliche Unterstützung signalisiert werden. Eine konkrete Beschlussfassung könne allerdings heute nicht erfolgen.

Bürgermeister Banken weist darauf hin, dass eine heutige Beschlussfassung nicht vorgesehen sei und er nur eine Information habe wollen, wie weit das Vorgehen der Verwaltung von der Politik unterstützt werde.

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) dankt den vielen Rheinbacher*innen, die durch das Starkregenereignis zusammengerückt sind und Personen aus der Verwand- und / oder Bekanntschaft aufgenommen haben. Um diese Personen müsse sich die Verwaltung nicht mehr kümmern. Er regt für die temporäre Nutzung auch leerstehende Gewerberäume an, die mit relativ geringem Aufwand hergerichtet werden könnten.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Bürgermeister Banken die öffentliche Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

TOP		Mündliche Anfragen

Ratsfrau Krupp (SPD) fragt nach, wie, von wem und wann die Entscheidung zur Evakuierung der beiden Rheinbacher Ortschaften Ober- und Niederdrees mit dem Bürgermeister und/oder dem Krisenstab abgestimmt worden sei.

> Bürgermeister Banken erläutert, dass er die Fragen nur zum Teil beantworten könne, da er sich zu diesem Zeitpunkt im Urlaub befunden habe und nicht vor Ort war. Er berichtet, dass Landrat Schuster ihn am Abend des 14. Juli auf dem Handy angerufen habe und ihn über die Starkregenereignisse im Rhein-Sieg-Kreis bzw. Rheinbach informierte. Es folgte ein weiterer Anruf, an dem auch der Kreisbrandmeister teilgenommen habe. In diesem Telefonat bekam Bürgermeister Banken die Information, dass die Steinbachtalsperre zu brechen drohe und die Ortsteile Ober- und Niederdrees evakuiert werden müssten. Auf Rückfrage, was Rheinbach damit zu tun habe, wurde erklärt, dass Experten der Bezirksregierung berechnet hätten, dass bei einem Bruch der Steinbachtalsperre auch die beiden Ortsteile überflutet würden. Daraufhin wurde die Entscheidung zur Evakuierung getroffen.

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) fragt zu den Vorgängen in Oberdrees nach, ob sich der Bürgermeister und die Verwaltung vom Ortsvorsteher von Oberdrees uneingeschränkt unterstützt gefühlt haben, wie es gemäß Gemeindeordnung und Hauptsatzung der Stadtrheinbach die Pflicht des Ortsvorstehers sei.

> Bürgermeister Banken merkt an, daß es sich beim Ortsvorsteher um einen Ehrenbeamten handele. Bei einer solchen Frage gehe es um eine interne Personalangelegenheit, die grundsätzlich nur im nichtöffentlich Teil der Sitzung beantwortet werden könne.

Wenn es Veranlassung gebe, bei einem Ehrenbeamten über Disziplinarmaßnahmen nachzudenken, beantworte sich die Frage automatisch, so Ratsherr Dr. Wilmers. Da es hier aber um eine Gefühlslage gehe, sei diese sicherlich nicht Gegenstand eines Disziplinarverfahrens und könnte somit beantwortet werden.

> Bürgermeister Banken erwidert, dass er sich nicht in einer öffentlichen Sitzung dazu äußern werde.

Daraufhin beantragt Ratsfrau Koch (SPD) die Nichtöffentlichkeit.

Rheinbach, 01. Oktober 2021

gezeichnet	gezeichnet
Ludger Banken	Sonja Wilhelm
Bürgermeister	Schriftführerin